



12.07.2011

Forderung nach Erhalt bewährter Gerichtsstandorte – keine Schließung des Oberlandesgerichts und der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz

Die Vorsitzenden des Bundes- und der Landesverbände des Deutschen Richterbundes erklären ihre Solidarität mit ihren Kolleginnen und Kollegen, deren Gerichte von Schließungen bedroht sind. In vielen Ländern Deutschlands sollen Gerichte ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung vor Ort geschlossen oder zusammengelegt werden. Die neue Regierung in Rheinland-Pfalz will das Oberlandesgericht und die Generalstaatsanwaltschaft Koblenz gegen die Interessen der Bürger wegrationalisieren.

Eine ausschließlich an wirtschaftlichem Denken orientierte Politik wird der Justiz als unabhängiger dritter Staatsgewalt mit einer überragenden Bedeutung für die Stabilität der Gesellschaft nicht gerecht. Es darf keinen Rechtsstaat nach Kassenlage geben. Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf eine effektive Erfüllung des Justizgewährungsanspruchs, dazu gehört auch die Ortsnähe der Gerichte. Die Gesetzgeber sind verpflichtet, die Dritte Gewalt entsprechend ihrer von der Verfassung übertragenen Aufgabe zu respektieren und auszustatten.

Die Justiz darf nicht zum Spielball politischer Ränkespiele werden. Der bei der Diskussion um Gerichtsstandorte in Rheinland-Pfalz vermittelte Eindruck, Gerichte seien Behörden, die beliebig zur Disposition gestellt werden können, beschädigt die Rechtspflege insgesamt. Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch darauf, dass der Justiz der nötige Respekt entgegen gebracht wird. An Verbesserungen und Modernisierungen in der Justiz arbeitet der Deutsche Richterbund konstruktiv mit. Die Aufgabe bedeutender Gerichtsstandorte bedarf einer am Ziel der Qualitätsverbesserung orientierten besonderen Rechtfertigung und setzt einen offenen Dialog und breiten Konsens voraus. Dies gilt nicht nur in Koblenz, Usingen oder Bautzen.

gez. Christoph Frank
Bundesvorsitzender

gez. Thomas Edinger
Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz

gez. Matthias Grewe
Landesvorsitzender Baden-Württemberg

gez. Walter Groß
Landesvorsitzender Bayern

gez. Stefan Finkel
Landesvorsitzender Berlin

gez. Matthias Deller
Landesvorsitzender Brandenburg

gez. Karin Goldmann
Landesvorsitzende Bremen

gez. Dr. Marc Tully
Landesvorsitzender Hamburg

gez. Dr. Ursula Goedel
Landesvorsitzende Hessen

gez. Peter Häfner
Landesvorsitzender Mecklenburg-Vorpommern

gez. Andreas Kreutzer
Landesvorsitzender Niedersachsen

gez. Reiner Lindemann
Landesvorsitzender Nordrhein-Westfalen

gez. Werner Kockler
Landesvorsitzender Saarland

gez. Reinhard Schade
Landesvorsitzender Sachsen

gez. Dr. Jörg Kriewitz
Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt

gez. Dr. Wilfried Kellermann
Landesvorsitzender Schleswig-Holstein

gez. Kerstin Böttcher-Grewe
Landesvorsitzende Thüringen

Der Deutsche Richterbund ist der größte Berufsverband der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Deutschland und deren Spitzenorganisation. 25 Landes- und Fachverbände mit rund 14.000 Mitgliedern (bei rund 25.000 Richtern und Staatsanwälten insgesamt) vereinigen sich unter seinem Dach. Der Deutsche Richterbund vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber Regierungen, Parlamenten und Öffentlichkeit.

*Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:
Philipp Iza Schilling, Bundesgeschäftsführer des DRB, Tel.: 030/20 61 25-0,
Fax: 030/20 61 25-25, E-Mail: info@drb.de.*